



Regieraum des
„heute-journal“-Studios

Guten Abend
Jetzt reden sie
nicht mal mehr
miteinander!

MARTIN SPECHT / AGENTUR FOCUS

Bildstörung

TV Das öffentlich-rechtliche Fernsehen ist unter Beschuss wie noch nie. Seine Glaubwürdigkeit wird angezweifelt. Im Internet schlägt ihm Hass entgegen. Das junge Publikum wendet sich ab. Es ist Zeit, dass ARD und ZDF ihre Zuschauer ernst nehmen.

Mathias Döpfner ist ein mächtiger Mann. Er ist Chef des Axel-Springer-Konzerns, Deutschlands größtem Verlag mit 15 000 Mitarbeitern und 3,3 Milliarden Euro Umsatz. „Bild“, „Welt“ und N24 gehören zum Unternehmen. Die Verbindungen zwischen Verlag und Politik sind legendär. Die teils brachialen Versuche des Hauses, mit publizistischer Macht Politik zu machen, sind berüchtigt.

Doch nun hat sich Döpfner mit einem Gegner angelegt, der ihm mehr als gewachsen ist. Einem Gegner, der jahrzehntlang so eng mit der Politik kungelte, dass es nicht falsch war, ihn als Beute der Parteien zu beschreiben. Einem Gegner, der mit 27 000 Mitarbeitern und jährlichen Etsats von insgesamt acht Milliarden Euro mehr als doppelt so groß ist wie Döpfners Verlag: ARD und ZDF und Deutschlandradio, die öffentlich-rechtlichen Sender.

Es geht um viel. Um Geld. Um Einfluss. Um Jobs. Aber vor allem geht es um die Frage, wie in Zukunft in diesem Land über dieses Land, wie also etwa die Politik kommuniziert wird. Es geht darum, wer den Journalismus in diesem Land dominiert – und wie ein System aussehen müsste, das auch in 20 Jahren noch garantiert, dass Journalisten unabhängig von ökonomischer und politischer Einflussnahme berichten, kommentieren, enthüllen können. Es geht nicht gleich um die ganze Demokratie, aber doch um eine ihrer Grundlagen.

Die Frage ist: Wird am Ende, vielleicht in ein paar Jahren, nur noch der öffentlich-rechtliche Journalismus bestimmen, worüber das Land redet?

Döpfner war schon immer ein Kritiker der Anstalten, vor allem der ARD. Doch seit gut einem Jahr ist er zusätzlich auch der oberste Lobbyist der Zeitungsverleger, genaue Amtsbezeichnung: Präsident des Bundesverbands Deutscher Zeitungsverleger. Und als solcher heizt er dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk gerade ordentlich ein. Döpfner spricht von „Staats-Presse“, zieht provozierende Vergleiche zwischen den Anstalten und Nordkorea und trampelt überhaupt mit großer Lust auf den Nerven der Intendanten herum.

Die Wortwahl ist fragwürdig. Döpfners Ansinnen ist es nicht. Denn das Mediensystem der alten Bundesrepublik, in dem es ein Gleichgewicht zwischen öffentlich-rechtlichen Fernsehsendern und privater Presse gab, ist durch das Internet infrage gestellt. Dort konkurrieren die gebührenfinanzierten Anstalten nicht mehr bloß mit privaten Fernsehsendern – die es nie schafften, publizistisch auf Augenhöhe mit ARD und ZDF zu kommen –, sondern auch mit Zeitungen und Zeitschriften, mit der „FAZ“, der „Bild“, dem „Fränkischen Tag“, der „Neuen Osnabrücker Zeitung“, der „Zeit“ und dem SPIEGEL. Kurzum: mit der in den vergangenen 70 Jahren ge-

wachsenen Pressevielfalt dieses Landes, mit unbestritten wichtigen Akteuren der politischen Publizistik in diesem Land.

Immer häufiger lockt die ARD ihre Zuschauer etwa mit dem Verweis „Mehr erfahren sie auf tagesschau.de“ vom TV-Schirm ins Netz. Dort bietet sie den Zuschauern nicht bloß Fernsehinhalte, sondern auch jede Menge Texte.

Döpfner spricht gar von einer „mit öffentlich-rechtlichen Geldern finanzierten Flut textbasierter Gratisangebote“, von einer „gebührenfinanzierten Staatspresse“, die den Wettbewerb verzerre, den Presseverlagen kaum Entfaltungsmöglichkeit lasse.

Es ist eine Konkurrenz unter Ungleichen. Denn die Verlage müssen das Budget für ihre Angebote erst noch erwirtschaften. ARD und ZDF haben es über die Rundfunkabgabe bereits eingenommen.

Auch in den Wettbewerb der Verlage untereinander grätscht die ARD inzwischen hinein: NDR und WDR betreiben mit der „Süddeutschen Zeitung“ einen Rechercheverbund, der quasi zu einer Subventionierung der „Süddeutschen Zeitung“ durch Gebührengelder führt und dessen Storys dann über „Tagesschau“, „Tages-

themen“ und Tagesschau.de besonders breit beworben werden.

Noch sind die Onlineangebote der öffentlich-rechtlichen Sender längst nicht so erfolgreich wie etwa SPIEGEL ONLINE oder Bild.de. Aber das liegt vor allem daran, dass die Politik den Sendern bisher „presseähnliche“ Angebote weitgehend untersagt hat. Doch die Lobbyisten der ARD arbeiten gerade daran, dieses Verbot aufzuweichen. Es beschränke die Sender in ihren „Entwicklungsmöglichkeiten“.

Der Zeitpunkt ist brisant. Die Ministerpräsidenten der Länder, denen die Medienpolitik unterliegt, diskutieren derzeit über eine groß angelegte Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Es geht da eigentlich vor allem ums Sparen. Aber die ARD würde als Gegenleistung für den Verzicht auf eine baldige Steigerung ihrer Milliardenetats gern die Erlaubnis heraushandeln, sich im Internet auszubreiten, wie sie es sich wünscht.

Mit dem ZDF gibt es weniger Probleme. Und Döpfner hat den Sender mittlerweile von seinem Angriff ausgenommen. ZDF-Intendant Thomas Bellut will der Presse keine Konkurrenz im Internet machen. Für ihn ist Fernsehen auch im Netz vor allem audiovisueller Inhalt.

Die Verleger hingegen tun so, als seien ARD und ZDF bereits jetzt daran schuld, dass die meisten Zeitungen und Zeitschriften im Internet kein Geld verdienen. Und ihre Lobbyisten verschweigen, dass in vielen Regionalblättern seit Jahren an der journalistischen Qualität gespart wird – ohne dass besonders in digitale Angebote investiert würde.

Die Debatte hat teils absurde Züge angenommen. Beide Seiten drohen mit dem baldigen eigenen Untergang, sollte die Politik nicht in die eine oder andere Richtung entscheiden. So, als ob nur einer überleben könnte – die Presse oder das öffentlich-rechtliche Fernsehen.

Die Frage ist: Stimmt das überhaupt? Und: Wie könnte eine Reform des deutschen Mediensystems aussehen?

Das Fernsehen ist immer noch mächtig. Es ist – trotz aller Facebook-, Twitter- und sonstigen Social-Media-Maschinen – immer noch die wichtigste politische Bühne des Landes. Nicht mehr zu jeder Zeit. Aber dann, wenn es darauf ankommt. Bei der Wahl.

Man kann das sogar errechnen. Die Landesmedienanstalten untersuchen das für ihren sogenannten Medienvielfalts-Monitor. Er stellt die relative Meinungsmacht jedes Mediums dar. Das Fernsehen kommt da auf 36 Prozent, ihm folgen das Internet (22 Prozent), die Tageszeitungen (21 Prozent) und das Radio (19 Prozent). Alles natürlich abhängig vom Alter. Bei den 14- bis 29-Jährigen führt das Internet bei Weitem.

Gut genährt

Gebühreneinnahmen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, in Mrd. Euro

Quellen: ARD, ZDF

+70%

gegenüber 1995,
zum Vergleich Anstieg
der Verbraucherpreise:

33,4%

4,7
1995

8,0
2016



DER SPIEGEL

„Auch wenn die Anziehungskraft des Fernsehens bei jungen Leuten nachlässt, ist es nach wie vor das politische Leitmedium“, sagt Politikwissenschaftler Claus Leggewie, 67. „Es ist weniger fragmentiert als das Internet und gibt den Zuschauern immer noch das Gefühl, bei etwas Wichtigem dabei zu sein.“

Vieles von dem, was etwa bei Twitter oder Facebook diskutiert werde, beziehe sich auf Geschehnisse, die über das Fernsehen verbreitet oder sogar von ihm erzeugt worden seien.

Das TV-Duell zwischen Angela Merkel und Martin Schulz war so ein Punkt, an dem das Fernsehen die Mitte der politischen Kommunikation bildete. Alle anderen Medien – Print, Online, Social Media, Radio – bezogen sich tagelang vor und tagelang nach dem Ereignis auf diesen einen Punkt, auf diese 90 Minuten. Die Erzählung vom Kanzlerkandidaten Martin Schulz lief auf diesen einen Moment hin – und zerbrach. Aber auch die Erzählung des Wahlkampfs insgesamt als das Duell zweier Politikentwürfe wurde unglaublich – weil es schlicht keinen Streit gab. Und das hatte Folgen.

Die Umfragewerte der AfD jedenfalls stiegen nach dem TV-Duell an. Die Zustimmung zu Merkel oder Schulz bröselte. Kein anderes mediales Ereignis hatte diese Kraft.

Und zugleich zeigte sich die Grenze des Systems, seine Schwäche. Eigentlich hatten vor allem die Chefredakteure von ARD und ZDF das Format umbauen wollen. Es sollte spontaner, dynamischer, streitfördernd werden. Doch die Kanzlerin blockte alle Versuche ab, am statischen Sendungsaufbau etwas zu ändern oder gar ein zweites Duell auszufechten.

Die Chefredakteure hätten souverän die Form bestimmen und riskieren können, dass der Platz der Kanzlerin eben leer bliebe. Leider knickten sie ein. Leider fehlte es ihnen an Mut.

Sie hätten sich – mehr noch als ihre beim TV-Duell gleichfalls beteiligten Kollegen von RTL und Sat.1 – als politisch tatsächlich unabhängig beweisen müssen. Doch so leisteten sie bloß dem Vorurteil Vorschub, dass Journalisten insgesamt, aber besonders die öffentlich-rechtlichen, zu nah an der Macht seien. Und das ist gefährlich.

Denn der Angriff der Verlage trifft die Sender zu einer Zeit, in der sie ohnehin angeschlagen sind. ARD und ZDF stehen gerade unter Beschuss wie nie – und das will bei den notorisch unbeliebten Anstalten wirklich etwas heißen.

Komischerweise hat man derzeit den Eindruck, dass sich nicht die Anstalten von der Politik emanzipieren wollen, sondern dass es die Parteien sind, die gerade die Distanz zu ARD und ZDF suchen.

Zwischen den Sendern und Teilen ihres Publikums öffnet sich eine Kluft. Der Ton ist schrill.

Seit Monaten schwindet der Rückhalt. CSU-Chef Horst Seehofer forderte schon die Zusammenlegung von ARD und ZDF. EU-Kommissar Günther Oettinger (CDU) schlug sich auf die Seite der Verlage. Dem thüringischen Ministerpräsidenten Bodo Ramelow (Die Linke) gehen die Sparbemühungen der Sender nicht weit genug. Der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) will „über eine Einschränkung des Textlichen“ bei den Öffentlich-Rechtlichen diskutieren. Der bayerische Innenminister Joachim Herrmann (CSU) drohte am Wahlabend, über den Anteil der öffentlich-rechtlichen Sender am Aufstieg der AfD werde noch zu reden sein.

Und dann ist da noch eben diese AfD. Eine ihrer beliebtesten Forderungen ist die nach der Abschaffung des Rundfunkbeitrags und damit de facto von ARD und ZDF. Auch weil dieser Radikalvorschlag so viel Widerhall findet, beeilen sich die anderen Parteien, auf Abstand zu den Sendern zu gehen.

Es ist ein gefährliches Spiel für alle Beteiligten.

Im Lobbyistenstreit zwischen Verlegern und öffentlich-rechtlichen Sendern mag sich ein Riss auftun. Zwischen den Sendern

und Teilen ihres Publikums öffnet sich gerade eine Kluft. Der Ton wird nicht nur rauer. Er ist schrill.

Elmar Theveßen hat diese Erfahrung erst kürzlich gemacht. Theveßen, 50, Stellvertretender Chefredakteur des ZDF und den Zuschauern vor allem als der Terror-Experte des Senders vertraut, hatte sich am Tag der Bundestagswahl zu einem Kommentar im „heute-journal“ entschlossen. Es war ein klar gekennzeichnete Meinungsbeitrag, und Theveßen, das muss man sagen, schenkte der AfD ordentlich einen ein.

Die AfD, sagte er, sei für die Demokratie „eine ernste Gefahr“, weil sie den Begriff „Volkswille“ zur Waffe mache. Sie sei „gefährlich für Parlamentarismus und Pluralismus in unserer Gesellschaft“, weil sie Leute, die anders oder auch nur anderer Meinung seien, zu „Volksfeinden“ erkläre.

Und weil Theveßen einen Kommentar sprechen wollte, der „auf den Punkt“ ist, sagte er, direkt an AfD-Funktionär Alexander Gauland gewandt, der angekündigt hatte, seine Partei wolle sich „unser Land und unser Volk zurückholen“: „Das Land, Herr Gauland, gehört weder Ihnen noch der AfD, und das Volk erst recht nicht.“

Selbstverständlichkeiten eigentlich. Aber scharf angerichtet. Und für viele Zuschauer offenbar eine Provokation.

Das Video von Theveßens Kommentar wurde innerhalb weniger Tage bei Facebook mehr als 5,5 Millionen Mal gesehen – beim ZDF freuen sie sich normalerweise schon, wenn sie einen Bruchteil davon an Reaktionen bekommen.

Auffällig: die hohe Zustimmungsrates einerseits. Und die krasse Ablehnung auf der anderen Seite. Zuschauer beschimpfen Theveßen in ihren Kommentaren als „Antidemokrat“ und „Agitator“, als Rassisten, Lügner, Idioten und „völkisches Arsch ...“, nennen ihn einen „Hetzer und Spalter“ oder gleich „Thescheißen“; Pöbeleien, die offenbar aushalten muss, wer heutzutage mit einem Kommentar an die Öffentlichkeit geht.

Einer sah in dem ZDF-Mann einen „Agitator der mit Zwangsgebühren finanzierten Staatsmedien“, während ein anderer anmerkte: „du kleine ratte fühlst dich berufen uns zu belehren! ich habe keine worte für den hass den ich empfinde für einen typen wie dich!“

Und dann geht es gegen das ZDF. Offenbar haben viele Menschen Schwierigkeiten damit, dass jemand in einem öffentlich-rechtlichen Sender eine Meinung äußert.

„Noch viel weniger dem meinungs-machenden vom volke bezahlter fernsehender zdf gehört das deutsche volk!!!!“, schrieb einer. „Hoffentlich drehen die eurem lügenrotfrontsender sofort den geldhahn zu.“

Kostentreiber Unterhaltung

Ausgaben der ARD pro Sendung*, in Euro





Moderatoren im „TV-Duell“-Studio, „Tatort“-Vorspann, ARD-Telenovela „Sturm der Liebe“: „Gebührenfinanziertes Trallala“

Theveßen ist ein ruhiger, gefasster Mann. Er analysiert sogar diesen Unrat ziemlich sachlich. Seit ziemlich genau drei Jahren habe man nun damit zu tun. Und der Wendepunkt sei nicht die Flüchtlingspolitik gewesen, sondern die Ukrainekrise. Damals war dem ZDF vorgeworfen worden, Lügen verbreitet zu haben. Intern, sagt Theveßen, sei die Berichterstattung damals überprüft worden, unter etwa 7000 gesendeten Stücken habe man 7 sachliche Fehler gefunden – Fehler, für die man sich entschuldigt habe.

Geändert haben die sieben Entschuldigungen nichts. Unvermindert werde den Öffentlich-Rechtlichen unterstellt, vorsätzlich zu lügen oder Anordnungen aus dem Kanzleramt zu befehlen.

„Wenn sich in D ein Medium das Land unter den Nagel gerissen hat und Andersdenkende jagt und Wähler manipuliert, dann das ZDF“, schrieb einer unter Theveßens Kommentar.

Es ist schwer, eine vernünftige Debatte über die öffentlich-rechtlichen Sender zu führen, wenn im Hintergrund dieser Hass grollt, diese Töne gellen. Aber die Debatte ist umso notwendiger, wenn ARD und ZDF nicht auch noch die verlieren wollen,

die ihnen positiv gegenüberstehen, die den Wert erkennen, den der Journalismus hat, den Theveßen und seine Kolleginnen und Kollegen machen.

Denn es sind nicht nur die AfD und ihre Sympathisanten, die den Anstalten den Rücken kehren. Vor allem das jüngere Publikum wendet sich ab, ist genervt vom Abgabenzwang, empfindet die Öffentlich-Rechtlichen als behäbig, das Programm weitgehend als überflüssig.

Tatsächlich herrscht eine enorme Lücke zwischen der staatstragenden Rhetorik der Intendanten und dem Empfinden der Zuschauer. Jahr für Jahr tragen die Anstalten die Ergebnisse irgendwelcher Meinungsforschungsinstitute zusammen, die belegen sollen, dass die Deutschen ARD und ZDF für wichtig, sehr wichtig, glaubwürdig, sehr glaubwürdig halten. Aber wie passt das mit den Symptomen großen Unmuts zusammen, die zu sehen sind?

Der neue Intendant des Deutschlandradios, Stefan Raue, schlug zu seinem Amtsantritt im September ungewohnt selbstkritische Töne an. „Viele Umfragen belegen, dass gerade wir Öffentlich-Rechtlichen weiterhin große Glaubwürdigkeit genießen“, sagt er, „aber bedeutet das auch, dass die

Mehrheit der Bürger und Beitragszahler für uns kämpfen oder uns sogar unterstützen würde?“

Raue war vor seiner Zeit als Deutschlandradio-Intendant Chefredakteur beim Mitteldeutschen Rundfunk (MDR) in Leipzig. Er hat den aufkommenden Unmut vor allem im Osten genau beobachtet und seziert. Und er glaubt, dass die Wurzeln tiefer reichen als bis zur „Lügenpresse“-Welle der Flüchtlingskrise. Pegida, die aggressive Gegenöffentlichkeit der Montagsdemonstrationen, die Debatten um Hartz IV, den Euro, die Golfkriege, das alles sei mit radikaler Medienkritik verbunden gewesen. „Das Misstrauen sitzt tief und ist beinahe chronisch.“

Seine Analyse: Die Legitimationskrise der Medien „und im besonderen Maße der öffentlich-rechtlichen“ sei „kein böser Sturm, der vorüberzieht, das ist ein heftiger Klimawechsel, der uns noch lange fordern wird“.

Die Anstalten sollten sich aus sich selbst heraus reformieren, so Raues Forderung, und nicht auf die Politik hoffen. Denn „für die Öffentlich-Rechtlichen mag sich kein Politiker mehr beschimpfen lassen“.

Natürlich gibt es auch journalistische Profiteure des wachsenden Unmuts. Sie

sitzen allerdings eher nicht bei ARD und ZDF. Claus Strunz, früher mal Chefredakteur der „Bild am Sonntag“, heute Sat.1-Moderator, ist der Held derer, die den sogenannten Mainstream-Medien misstrauen. In seinen Polittalks und „Faktenchecks“ bei Sat.1 spitzt Strunz zu, vereinfacht, generalisiert, dramatisiert, vor allem zum Thema Flüchtlinge und Sicherheit.

Strunz bekommt dafür Applaus: Auf der Facebook-Seite des Moderators dreschen seine Fans auf „die Medien“ ein. Unter jeder Wortmeldung des Moderators entläßt sich der Frust seiner Fans, gepaart mit einer Ermunterung an Strunz, sich als einsamer Kämpfer in einer gleichgeschalteten Medienlandschaft nicht unterkriegen zu lassen. „Claus Strunz hat die Journalisten der öffentlich-rechtlichen Sender vor sich her getrieben und sie als die Aktivisten enttarnt, die sie sind!“, schreibt da eine Strunz-Anhängerin. Und ein anderer sekundiert: „In Deutschland haben wir leider nicht nur eine Große Koalition unter den Parteien, sondern auch eine der Presse und der Medien. Wer auch nur einen Fußbreit von der inzwischen vorgegebenen Denkweise abweicht, macht sich umge-

Manchmal hat man den Eindruck, ARD und ZDF machen so Fernsehen, wie Merkel regiert.

hend verdächtig, dem rechtsradikalen Lager angehörig zu sein.“ Und dann, direkt an Strunz: „Solange es Sie gibt, besteht Hoffnung für den deutschen Journalismus! Danke.“ Es ist praktisch das genaue Gegenbild dessen, was einem Elmar Theveßen an Empörung entgegenschwappt.

Ausgerechnet beim TV-Duell von Angela Merkel prallte Strunz auf die Welt der öffentlich-rechtlichen Gediegenheit. Ein publizistischer Kampf der Kulturen. Als es um ausreisepflichtige Asylbewerber ging, bellte Strunz die Kanzlerin an: „Wann sind diese Leute weg?“

Strunz bezog daraufhin ordentlich journalistische Kollegenschelte, auch im SPIEGEL. Die ZDF-Late-Night-Show „Mann, Sieber!“ widmete ihm einen „Alle weg“-Song und bezeichnete ihn als „Penispumpe eines erschlafenen Journalismus“ – eine An-

spielung auf Strunz' Spruch, Populismus sei das „Viagra einer erschlafenen Demokratie“.

Es ist nicht so, dass Strunz die öffentlichen Prügel einfach an sich abprallen lässt. Auch nimmt er wahr, dass er Applaus von Leuten bekommt, „von denen man lieber nicht beklatscht wird“.

Vor allem aber ist bemerkenswert, dass es Strunz trotz seiner – selbst gewählten – Außenseiterposition keineswegs egal ist, wie das Ansehen von Medien und Journalisten gelitten hat. Obwohl er von der Vertrauenskrise des Journalismus durchaus profitiert, redet er von „wir“: „Unser Berufsstand macht gerade denselben Fehler wie die Politik“, sagt er, „wir sind nicht bereit einzuräumen, wenn wir einen Fehler gemacht haben, und uns zu entschuldigen.“

Als er in einer Polittalkshow vor der Bundestagswahl eine Krankenschwester zu Wort kommen ließ, ohne zu sagen, dass die Frau Politikerin der Linken war, entschuldigte sich Strunz anschließend für den Fehler der Redaktion. Wenn anderen ähnliche Pannen unterliefen, sagt Strunz, sei das keineswegs selbstverständlich. Das



AfD-Politikerin Alice Weidel in ZDF-Sendung, ZDF-Ü-Wagen, Fußballkommentator Oliver Kahn 2015: Der Zuschauer hat keine Wahl

ZDF etwa ließ vor der Bundestagswahl einen Politikwissenschaftler auf seinem Sender ZDFinfo zu Wort kommen, ohne den Zuschauern zu offenbaren, dass sich der Mann in der AfD engagiert. Eine Entschuldigung gab es dafür bis heute nicht, bloß eine wachsweiße Erklärung.

In der Wahrnehmung der Leser und Zuschauer aber verdichteten sich viele einzelne Fehler zu dem Eindruck, die Medien würden absichtlich nicht bei der Wahrheit bleiben, glaubt Strunz.

Man muss Strunz' politische Einschätzung, der deutsche Journalismus sei mit der Kanzlerin nach links gerutscht, nicht teilen. Man muss auch seinen Befund nicht akzeptieren, dass viele Journalisten von der Idee korrumpiert seien, dass die Sozialdemokratie der sympathischere Politikansatz sei.

Aber vielleicht ist seine Analyse richtig, dass nicht die politische Haltung das Problem sei, sondern der Versuch, sie als neutral zu ummänteln, die „vorgespülte Äquidistanz“, wie er das nennt. Journalisten müssten leidenschaftlich für eigene Positionen kämpfen, sagt er, auch bei Gegenwind, und „gleichzeitig mit Passion über die Stärken unseres Berufes reden“.

Strunz jedenfalls macht aus seiner politischen Verortung kein Geheimnis. Er sieht sich als Populist der Mitte. Freiheit ohne Sicherheit gibt es nicht, ist sein Motto. Eine journalistische Leerstelle sei das, die auch von ARD und ZDF nicht bedient werde.

Und vielleicht trifft er da einen Punkt. Vielleicht müsste man das Ende der Konsensrepublik Deutschland, das Ende der großkoalitionären Gemütlichkeit auch dem Fernsehprogramm mehr ansehen. Vielleicht wirken ARD und ZDF auch deshalb so oft aus der Zeit gefallen, weil in ihrem Programm von den Rissen in diesem Land, von mancher Kluft, die sich auftut, so wenig zu spüren ist. Vor lauter aufgesetzter Quizshow-Heiterkeit, Klinikserien-Pseudodramatik und anderem gebührenfinanzierten Trallala.

Manchmal hat man den Eindruck, ARD und ZDF machen ungefähr so Fernsehen, wie Angela Merkel regiert. Irgendwo zwischen „Sie kennen uns“, „In der Ruhe liegt die Kraft“ und kulturellem Wachkoma. Das Unterhaltungsprogramm fordert niemanden. Es scheint vor allem ein Ziel zu haben: einen Mehltau der Vorhersehbarkeit über die Republik zu legen. Ein ewiges Immer-weiter-So.

Das fängt bei Verbrauchersendungen an, die „Volle Kanne“ heißen und „Kaffee oder Tee“ und in denen Geflügel-Gnocchi zubereitet oder Bilderrahmen gebastelt werden. Abends werden unentwegt Discounter getestet, und niemand scheint zu kümmern, dass die angeblichen Dokumentationen fast Werbesendungen sind. Tele-novelas wie „Rote Rosen“ und „Sturm der

Sportberichterstattung

Ausgaben pro Jahr, in Euro



DER SPIEGEL

Liebe“ tropft der Kitsch schon aus dem Titel. Und immer wieder geht noch ein Krimi und geht noch ein Quiz und geht noch ein Krimi und geht noch ein Quiz.

Über Jahrzehnte hat sich das öffentlich-rechtliche Fernsehen ein Publikum herangezogen, das – jedenfalls in der Unterhaltung – mit Mittelmaß zufrieden ist. Und das sich daran gewöhnt hat, nicht verschreckt zu werden. Es gibt sie, die Spitzen der Qualität. „Babylon Berlin“ gehört dazu (siehe Seite 124), die neue Serie von Tom Tykwer, eine Kooperation von Sky und ARD. Es gibt Jan Böhmermann, den Hofnarren des Systems. Und, ja, es gibt das dichte Netz von Korrespondenten, das seinesgleichen sucht in der Welt. Nur: Warum muss man das doppelt haben, von ARD und ZDF? Und warum muss, wer gut informiert werden will, den Rote-Rosen-Sturm-der-Liebe-Paarduell-Werweiß-denn-sowas-Stumpfsinn mitfinanzieren?

ARD und ZDF geben Jahr für Jahr rund acht Milliarden Euro aus. Das ist viel Geld für ein System, das einmal auf Grundversorgung angelegt war. Journalismus macht dabei nur einen Bruchteil aus. Eine Ausgabe der „Tagesschau“ wird mit 27 000 Euro veranschlagt, die „Tagesthemen“ mit 55 000 Euro. Magazine wie „Plusminus“ kosten gut 60 000 Euro.

Teuer wird es bei „Tatort“ oder „Polizeiruf 110“ mit durchschnittlich 1,4 Millionen Euro oder bei Shows wie „Verstehen Sie Spaß?“ mit bis zu 1,2 Millionen Euro. Auch Vorabendserien wie die „Rosenheim Cops“ sind mit 425 000 Euro pro Folge nicht billig. Die „heute-show“ erscheint da mit weniger als 300 000 Euro beinahe als Schnäppchen.



Video: Wie sich die Öffentlich-Rechtlichen ändern müssen

spiegel.de/sp412017rundfunk
oder in der App DER SPIEGEL

Es hat einen Grund, warum Unterhaltung für die Sender so wichtig ist. Dahinter steht seit ihrer Gründung dasselbe Kalkül. Nach der Nazizeit wollten die Amerikaner und Briten die Deutschen auch mittels des Fernsehens zu Demokraten umerziehen. Und ihre Idee war: Man locke das Volk mit Unterhaltung in Massen vor die Geräte und gebe ihnen dann Nachhilfe in Sachen Politik.

Bis heute lebt dieser Gedanke in den Anstalten fort. Die Unterhaltung macht die Hütte voll, um dann das eigentliche Kernprodukt an die Leute zu bringen: Nachrichten, politische Magazine, Polit-talkshows.

Das beste Mittel, um die Deutschen dazu zu bringen, ARD und ZDF zu schauen, ist dabei – Fußball. Nie ist die Quote von „heute-journal“ und „Tagesthemen“ besser als in den Pausen von Länderspielen. Allerdings ist Sport ein ziemlich kostspieliges Lockmittel. Die Preise für Fernsehrechte steigen seit Jahren.

Die ARD gibt für Sportrechte und -berichterstattung jährlich 366 Millionen Euro aus, wie epd medien errechnet hat. Das deutlich kleinere ZDF sogar 243 Millionen. Doch selbst diese Unsummen reichen kaum noch, um im Wettbewerb mitzuhalten.

Der Ausgabenwahnsinn für Fußballrechte wird etwas schwach mit dem Recht auf „Grundversorgung“ begründet. In Wahrheit kaufen die Sender auf diese Weise Quote. Ist das noch zeitgemäß?

Wenn Länderspiele bei RTL laufen, ist die Grundversorgung auch gesichert. Und es gibt keinen Rechtsanspruch darauf, jedes international bedeutsame Spiel mit deutscher Beteiligung kostenfrei sehen zu können.

Es ist kein Drama, wenn Champions-League-Zuschauer für diese Spiele zahlen müssen. Es gibt bei den Pay-TV-Anbietern flexible Angebote und in der Regel auch Tagestickets für einzelne Spiele. Film- und Serienfans haben ja auch keinen Anspruch darauf, dass ARD und ZDF die besten Produktionen sofort im Programm haben.

Spielraum, auch finanzieller, wäre also genug da, wenn man einmal versuchen würde, das System neu zu denken.

Patricia Schlesinger, 56, ist ein echtes ARD-Gewächs. Sie hat beim NDR volontiert, war Reporterin, Moderatorin, Korrespondentin. Als Programmacherin hat sie auch schon mal gezeigt, was öffentlich-rechtliches Fernsehen kann, wenn es denn will. Schlesinger hat eine politisch brisante Dokumentation über den Genozid an den Armeniern ins ARD-Programm gebracht oder die Doku „Citizenfour“ über den Whistleblower Edward Snowden.

Seit gut einem Jahr ist sie Intendantin des Rundfunks Berlin-Brandenburg, kurz RBB. Schlesinger hat sich aufgemacht, den RBB zu entstauben. Und sie erprobt dabei



ARD-Pressekonferenz: „Wir wollen doch die Verlage nicht vernichten“

etwas, das in der ARD nicht gerade als geübtes Verhalten gelten darf. Sie kooperiert, sogar mit dem ZDF.

Ab Januar produziert der RBB das ARD-„Mittagsmagazin“ im Hauptstadtstudio des ZDF. Die Kosten für Räume und Personal werden geteilt. Was lapidar klingt, ist für die ARD eine kleine Revolution. Außer bei großen Sportereignissen wie Olympischen Spielen kooperieren ARD und ZDF bisher so gut wie gar nicht.

Als die Produktion im RBB vor Kurzem einen neuen Ü-Wagen für 2,6 Millionen Euro kaufen wollte, hat Schlesinger abgelehnt. Stattdessen sollten kleinere, mobilere Lösungen genutzt werden. Wenn tatsächlich ein Fahrzeug gebraucht werde, etwa für die Übertragung von großen Konzerten, müsse man eben eines mieten – oder vielleicht mal eines bei den Kollegen des benachbarten MDR ausleihen. „Das ist neu, aber am Ende finden es eigentlich alle gut“, sagt Schlesinger. Demnächst müsse im Senderverbund verglichen werden: Wie viel kostet eine Sendeminute Unterhaltung im Bayerischen Rundfunk, im RBB oder im NDR – und was darf sie kosten? Und das sei auch gut so. „In der ARD ist Bewegung“, sagt Schlesinger.

Die Intendantin ist sparsam, reformbereit. Und selbstbewusst: „Wir leisten für diese Gesellschaft wirklich viel.“ Damit das so bleibe, müssten ARD und ZDF im Netz stärker werden, dort, wo die jungen Zuschauer seien, „alles andere ist ein Tod auf Raten“. Mit den Verlagen werde sich ein Miteinander schon finden lassen, meint sie. „Wir wollen doch die Verlage nicht vernichten.“

Das Problem ist, dass selbst kleine Sparanstrengungen bei ARD und ZDF nur auf großen politischen Druck hin geschehen. Und dass es bei ein bisschen Sparen dann am Ende wieder bleibt. Es fehlt die Kraft für einen Neuanfang, es fehlen die Ideen für einen neuen Gesellschaftsvertrag über das öffentlich-rechtliche Fernsehen.

Das Grundproblem der alten Konstruktion ist, dass es seine Nutzer behandelt wie Unmündige. Der Zuschauer hat keine Wahl, weder in dem, was er bezahlen muss, noch in dem, was er bekommt.

Er wird unmündig gehalten, weil in der DNA der Sender das Bild vom unfertigen, eigentlich unpolitischem Bürger fortwirkt, der mit Trallala-Shows zum Schauen von Nachrichten überredet werden muss.

Und er wird unmündig gehalten, weil er weder in den Rundfunk- noch in den Fernsehräten das Wort ergreifen und mitreden kann – die Gremien sind immer noch in der Hand der Parteien und der Interessenverbände.

In der Schweiz soll es womöglich schon im nächsten Jahr eine Volksabstimmung über die Abschaffung der Rundfunkgebühr geben. Der Unmut der Gebührenzahler ist dort ebenfalls groß. Findet die Initiative eine Mehrheit, bricht dort das gesamte öffentlich-rechtliche System zusammen.

Wollen ARD und ZDF und Deutschlandradio allen Ernstes so lange auf ihren alten

Ausgaben für Medien

in Deutschland 2016, pro Monat und Haushalt

39 Euro

Rundfunkbeitrag	42%
Zeitungen, Zeitschriften	33%
Pay-TV	20%
Digitale Medien	6%

Abweichung von 100% rundungsbedingt
Quelle: McKinsey; ohne Bücher

DER SPIEGEL

Rechten beharren, bis ihnen das Publikum endgültig die Zustimmung entzieht?

In einem neuen Gesellschaftsvertrag müsste erst einmal neu definiert werden, was der Auftrag der öffentlich-rechtlichen Anstalten in Zukunft eigentlich sein soll – und wo sie tatsächlich unersetzlich sind. So ließe sich ein Kernbereich benennen, mit Journalismus, Kultur, Unterhaltung, Filmen.

Ernsthaft diese Frage zu stellen, das hieße, Abschied zu nehmen vom gebührenfinanzierten Allerlei. Vielleicht vom dauernden Fußball. Davon, dass sich das Erste und das ZDF Abend für Abend mit wechselbarer Ware Konkurrenz um dieselbe Klientel machen. Dass jede Landesrundfunkanstalt rund um die Uhr senden muss. Es würde auch bedeuten, dass die Öffentlich-Rechtlichen das, was andere besser können, diesen anderen überlässt. Den Verlagen den Textjournalismus. Dem Privat-TV manche Unterhaltung. Den Streamingdiensten manche Serie.

Doch es würde endlich Freiräume schaffen. Vielleicht bedeutete es sogar, weniger Geld von den Zuschauern zu nehmen – und denen, die etwa Sport oder Opern oder Krimis sehen wollen, eigene Angebote zu machen, frei gewählt, extra bezahlt.

Sodass sich der Zuschauer wieder umworben fühlen darf, ernst genommen. Als einer, der zumindest mitentscheiden darf, wozu die öffentlich-rechtlichen Anstalten da sind und wozu nicht. Wenn das gelingt, gelingt es auch im Digitalen.

Das pure Vertrauen darauf, dass es immer so weitergeht, dass die Politik immer weiter den schützenden Mantel über ARD und ZDF und alle ihre Kanäle und Nischenkanäle halten wird, dürfte nicht ausreichen.

„Wer sich angesichts der hohen Glaubwürdigkeitswerte für die Öffentlich-Rechtlichen zurücklehnen mag, der mag das tun“, sagt Stefan Raue, der Intendant des Deutschlandradios. „Er verwechselt allerdings eine diffuse Grundzufriedenheit mit einer echten Zustimmung oder gar Wertschätzung.“

Wenn die Menschen alles für Lug und Trug hielten, dann werde dieser generelle Verdacht auch die Medien treffen. „Das bedeutet für mich, dass die Qualitätsmedien vom hohen Ross der alten Herrlichkeit heruntermüssen, dass sie aufs Neue für sich werben und sich begründen müssen.“

Und das trifft dann natürlich alle: ARD und ZDF und Deutschlandradio. Und, auf andere Weise, aber eben auch: „FAZ“ und „Bild“ und „Fränkischer Tag“ und „Neue Osnabrücker Zeitung“ und „Zeit“ und SPIEGEL.

Markus Brauck, Hauke Goos, Isabell Hülsen, Alexander Kühn